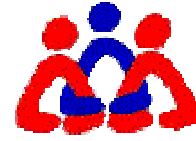


**Arbeitsgemeinschaft der
Hauptschwerbehindertenvertretung Polizei beim
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW ,
der Schwerbehindertenvertretungen der
Landesoberbehörden LKA, LAFP, LZPD, der
Deutschen Hochschule der Polizei und der
regionalen Arbeitsgemeinschaften der Polizei in
den Regierungsbezirken (AGSV Polizei NRW)**



AGSV Polizei NRW, Friedrichstr. 62-80, 40213 Düsseldorf

Bayerische Staatskanzlei
Ministerpräsident Horst Seehofer
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Ministerium für Inneres und
Kommunales NRW
Friedrichstr. 62-80
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/8713288
Fax: 0211/871 -16-3288
Handy: 0176/13522030

erika.ullmann-biller@mik.nrw.de
www.agsv-polizei-nrw.de

E-Mail: staatskanzlei@stk.bayern.de

Düsseldorf, 23.09.2016

Bundesteilhabegesetz und Änderungen des SGB IX

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Seehofer,

das Bundesteilhabegesetz sollte unter anderen zu einer Stärkung der Schwerbehindertenvertretung führen, so der Wille der Bundesregierung aus ihrem Koalitionsvertrag.

Nun sind die Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates veröffentlicht - und es kann festgestellt werden, dass man sich hier gegen den Entwurf der Bundesregierung stellt und eine Stärkung ablehnt.

In den vielen Diskussionen, die wir als Arbeitsgemeinschaften auch mit Politikern der Bundesregierung führen, kommt immer wieder der Hinweis - inhaltlich soll Bayern hier die treibende Kraft sein und die im BTHG-E sinnvoll eingebrachten Verbesserungen zur Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen nicht mittragen will.

Das kann ich so gar nicht glauben - es würde mich in meinem Verständnis erschüttern. Gerade Bayern hat sich doch sehr der Inklusion verpflichtet. Auch würde das dann den Werten des Christlichen Sozialen Gedankens der CSU widersprechen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 8 Millionen Menschen mit Behinderung. Eine Vielzahl dieser Menschen sind auch Wähler - in der heutigen Zeit mit all den vielen besorgniserregenden Wahlergebnissen in den Ländern müssen

Erwerbstätigkeit ist und bleibt für die Selbstachtung des Menschen, für seine Existenzsicherung und seine Orientierung im Leben unverzichtbar. Richard v. Weizsäcker

auch diese Menschen gehört und ernst genommen werden. Gerade im Hinblick auf die richtungsweisende Wahl in NRW sowie die darauffolgende Bundestagswahl darf die Politik diese Menschen nicht im Stich lassen und muss ihre Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen. Menschen mit Behinderung dürfen nicht Opfer der momentan hitzigen Wahlkampfdebatten werden.

Inklusion kann nur gelingen, wenn Menschen mit Behinderung ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können - und dazu benötigen wir Schwerbehindertenvertretungen - dies wird überall bestätigt, auch dass sie gute und wertvolle Arbeit leisten. Die Vorschläge der Ausschüsse des Bundesrates machen alle Bemühungen der Akteure, die UN-BRK umzusetzen, zunichte - diese Vorschläge werfen uns Jahre zurück.

Als Arbeitsgemeinschaft der Polizei des Bundes und der Länder haben wir Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel und Ministerin Frau Nahles angeschrieben, mit der Bitte uns hier zu unterstützen, die Arbeitsbedingungen für die Schwerbehindertenvertretungen wie zugesagt zu verbessern. Ebenso habe ich als Arbeitsgemeinschaft der Polizei in NRW Herrn Laschet um Unterstützung gebeten.

Die Inklusion gehört zu den zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit. Menschen mit Behinderung Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben unserer Gesellschaft zu ermöglichen, ist nicht nur ein Gebot christlicher Nächstenliebe, sondern eine Forderung, die sich aus unserer grundlegenden Auffassung von der Würde des Menschen ableitet. Für die Betroffenen ist die Möglichkeit, am Arbeits- und Erwerbsleben teilnehmen zu können, von zentraler Bedeutung für eine positive Selbstwahrnehmung und damit ein wichtiger Baustein für eine gelungene Lebensführung. So ihr Grußwort zur Leistungsschau der Werkstätten für behinderte Menschen & Fachmesse für berufliche Bildung 2017.

Sehr geehrter Herr Seehofer,

wir bitten Sie hier um Ihre Unterstützung und um ihr wertvolles Wort im Bundesrat - Bayern hat ein gewichtiges Wort - sprechen Sie daher für uns und tragen Sie für bessere Arbeitsbedingungen der Schwerbehindertenvertretungen sowie für die Inklusion von Menschen mit Behinderung im Arbeitsprozess bei. Nur so können wir Inklusion voranbringen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



- Erika Ullmann-Biller -
Vorsitzende der AGSV Polizei NRW
www.agsv-polizei-nrw.de